

98. Sitzung



Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1993

hier: Personaletat

- Drucksachen 11/4200 und 11/4626

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des Unterausschusses "Personal" des Haushalts- und Finanzausschusses

Berichterstatter Abgeordneter Peter Bensmann CDU

Beschlußempfehlung:

Der Unterausschuß "Personal" empfiehlt dem Haushalts- und Finanzausschuß, den Personaletat entsprechend der Anlage 1 zu beschließen.

Bericht

Durch Beschluß vom 18.09.1992 hat der Landtag den Haushaltsplanentwurf 1993 nach der 1. Lesung an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - und an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, daß die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuß unter Beteiligung seines Unterausschusses "Personal" erfolgt. Der Unterausschuß "Personal" hat den Personaletat in seinen Sitzungen am 29.10.1992, 3.11.1992, 6.11.1992, 17.11.1992 und am 26.11.1992 beraten.

Wie in den Vorjahren hat der Unterausschuß "Personal" auch während der diesjährigen Haushaltsberatungen den Berufsverbänden als Interessenvertreter der Angehörigen des öffentlichen Dienstes Gelegenheit gegeben, ihre Vorstellungen über den Personalhaushalt 1993 zu den Stellenplänen der einzelnen Ressorts vorzutragen. Dieses "Hearing" wurde am 29.10.1992 durchgeführt.

Im einzelnen stützte der Unterausschuß "Personal" seine Entscheidung auf das vorliegende Beratungsmaterial (Entwurf des Haushaltsgesetzes 1993 einschließlich der Ergänzungsvorlage, Drucksache 11/4626, sowie die schriftlichen Erläuterungen hierzu), die mündlichen Erklärungen der einzelnen Ressorts in den Sitzungen und verschiedenen Zuschriften zum Personalhaushalt.

Die Beschlußempfehlung der Fachausschüsse und die Anträge der Fraktionen sind gleichfalls in die als Anlage beigefügte Beschlußvorlage eingearbeitet.

Soweit es gewünscht wird, bin ich gerne bereit, die Beschlußvorlage mündlich zu erläutern.

Bensmann
Vorsitzender

Anlage 1: Beschlußvorlage
Anlage 2: Vorlage 11/1587

Haushaltsgesetz

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
HG/1	SPD/FA	<p>vorbehaltlich des Prüfungsergebnisses (II) einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE ja</p>
<p>Der Gesetzentwurf der Landesregierung "Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1993 (Haushaltsgesetz 1993)" wird wie folgt geändert und ergänzt:</p> <p>Hinweis: <i>Der Antrag enthält keine Gesetzesbezeichnung (des Artikelgesetzes).</i></p> <p>I. Änderung des Gesetzentwurfs:</p> <p>a) Der bisherige Gesetzentwurf wird Artikel I.</p> <p>b) Es wird folgender Artikel II hinzugefügt: "Änderung des Gesetzes zur Überleitung vom mittleren in den gehobenen Polizeivollzugsdienst (Art. III des Gesetzes über die Feststellung eines Zweiten Nachtragshaushaltsgesetzes 1992) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1992 sowie zur Überleitung vom mittleren in den gehobenen Polizeivollzugsdienst vom 16. Oktober 1992 - GV.NW. S.372-)"</p>		

Haushaltsgesetz

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
noch HG/1		<p>Das Gesetz zur Überleitung vom mittleren in den gehobenen Polizeivollzugsdienst wird wie folgt geändert:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. In § 2 Abs. 1 Nr. 1 werden die Jahreszahlen "1935 - 1936" durch die Jahreszahlen "1935 - 1937" ersetzt. 2. In § 2 Abs. 1 Nr. 2 werden die Jahreszahlen "1935 - 1936" durch die Jahreszahlen "1935 - 1937" ersetzt. 3. In § 2 werden die Worte "in der Zeit vom 1. Januar 1993 bis 31. Dezember 1993" durch die Worte "nach dem 1. Januar 1993" ersetzt.

Haushaltsgesetz

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
noch HG/1	<p>II. Prüfauftrag: Die Präsidentin des Landtags wird gebeten, bis zur 3. Lesung des Haushaltsgesetzes 1993 zu prüfen, ob gegen die unter I. dargestellte Gesetzesänderung verfassungsrechtliche Bedenken bestehen.</p> <p>Begründung: Die bisher für die Geburtsjahrgänge 1932 bis 1940 vorgesehene Überleitung von Beamten des mittleren in den gehobenen Polizeivollzugsdienst wird ausgedehnt auf Beamte bis zum Geburtsjahrgang 1943. Die Überleitung soll im Rahmen der Verstärkung des gehobenen Dienstes bis 1995 durchgeführt werden. Um die Überleitung aller betroffenen Beamten in etwa gleichbleibenden Tranchen von 1993 bis 1995 zu erreichen, ist es erforderlich, den Geburtsjahrgang 1937 in die Überleitung 1993 einzubeziehen. Da noch nicht alle Beamten dieses Jahrgangs Inhaber eines Zulagenamtes sind, ist im Absatz 2 die zeitliche Begrenzung "bis 31. Dezember 1993" aufzugeben und durch eine unbestimmte Fristregelung zu ersetzen.</p> <p><u>Votum des Fachausschusses:</u> einstimmig angenommen</p>	

Haushaltsgesetz

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
HG/2		<p>Der Unterausschuß "Personal" bittet den Gutachterdienst, nach Abschluß der diesjährigen Haushaltsberatungen die personalrelevanten Vorschriften des Haushaltsgesetzes mit dem Ziel zu überprüfen, den Text zu entfrachten und insbesondere Dauerbestimmungen in Dauergesetze zu übernehmen.</p>	<p>einstimmig angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja</p>
HG/3	CDU	<p>§ 7 Abs. 1 erhält folgende Fassung:</p> <p>"(1) Die in den Erläuterungen zu den Titeln der Gruppen 422, 425, 426 und 429 bei den einzelnen Be- soldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen ausgebrachten Stellen für beamtete Hilfskräfte, <u>abgeordnete Beamte</u>, Angestellte und Arbeiter sind verbindlich.</p> <p><u>Begründung:</u> Eine vom Parlament nicht kontrollierbare Personalver- schiebung soll vermieden werden.</p>	<p>Im Hinblick auf HG/3.1 zurückgestellt</p>
HG/3.1		<p>Der Unterausschuß beabsichtigt, sich zu Beginn des näch- sten Jahres mit der in HG/3 aufgeworfenen Frage zu be- schäftigen. Das Finanzministerium wird gebeten, hierzu ausführlich Stellung zu nehmen.</p>	<p>einstimmig angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja</p>

Haushaltsgesetz

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
HG/4	<p>CDU</p> <p>§ 7 a Abs. 1 erhält folgende Fassung:</p> <p>"Nicht besetzte und freiwerdende Planstellen und Stellen, die sich im Rahmen der Organisationsuntersuchungen als entbehrlich erweisen, sind gesperrt.</p> <p>Begründung: Die generelle Besetzungssperre ist unzweckmäßig und entspricht nicht der Bedarfslage, weil die Sperrung der Stellen ausschließlich durch die zufällige Fluktuation verursacht wird.</p> <p>Eine Besetzungssperre, die ausschließlich die Stellen umfaßt, die im Rahmen der Organisationsuntersuchungen als entbehrlich angesehen und daher abgesetzt werden können, erfüllt einen bedarfsorientierten Stellenabbau.</p> <p>Das Einsparvolumen beträgt mindestens 150 Mio DM.</p> <p>Prüfauftrag: Das Finanzministerium wird gebeten, bis zur Schlußsitzung des Haushalts- und Finanzausschusses zur 3. Lesung einen haushaltstechnisch und -rechtlich zulässigen Vorschlag zur Umsetzung der Intention des vorstehenden Antrags vorzulegen.</p>	<p>zurückgestellt</p> <p>einstimmig angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja</p>

Haushaltsgesetz

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
HG/5	<p>In § 7 a Abs. 1 werden die neu eingefügten Wörter "und besetzbarer" gestrichen.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Die Ergänzung ist mit dem Entwurf des Haushaltsgesetzes 1993 erstmals in den im übrigen unveränderten einleitenden Text des § 7 a Abs. 1 eingefügt worden. Ihre Notwendigkeit ist nach Bestätigung des Finanzministeriums nicht gegeben.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE ja</p>

Haushaltsgesetz

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
HG/6		<p>a) In § 7 a Abs. 1 wird nach Buchst. a) eingefügt:</p> <p>"b) im Geschäftsbereich des Justizministeriums und des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Sozialles: mit Einwilligung des Finanzministeriums Planstellen und Stellen, die im Haushaltsplan 1992 bei Kapitel 04 070 und im Haushaltsvollzug 1992 zur Beschleunigung der Asylverfahren eingerichtet worden sind."</p> <p>b) Die Buchstaben b) bis e) erhalten die Bezeichnungen c) bis f).</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Das Haushaltsgesetz 1992 sieht eine Ausnahme für die Planstellen und Stellen vor, die zur Beschleunigung von Asylverfahren eingerichtet worden sind. Da der mit dem Haushaltsgesetz 1993 vorgesehene Wegfall der Bestimmung den ursprünglichen Zweck gefährdet, wird die Regelung des Haushalts 1992 in das Haushaltsgesetz 1993 übernommen. Die Änderung der Formulierung im Vergleich zum Haushaltsgesetz 1992 stellt eine Erweiterung des zeitlichen Geltungsbereichs dar.</p> <p>Der Rechtsausschuß hat sich aufgrund der Diskussion im Unterausschuß mit dieser Fragestellung befaßt und empfiehlt einstimmig, die Regelung aus 1992 beizubehalten.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE ja</p>

Haushaltsgesetz

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
HG/7	<p>§ 7 a Abs. 1 Buchst. e) wird wie folgt gefaßt:</p> <p>"e) in allen Geschäftsbereichen:</p> <p>im Haushaltsjahr 1993 neu eingerichtete Planstellen und Stellen, Planstellen und Stellen der Titelgruppe 79, Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und für Auszubildende in privatrechtlichen Ausbildungsverhältnissen, Stellen, die von Dritten voll finanziert werden, Planstellen, die mit Beamten i.S. von § 38 des Landesbeamtengesetzes besetzt werden, Planstellen der Richter, deren Ernennung aus gerichtsverfassungsrechtlichen Gründen geboten ist, Stellen zur Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach § 7 Abs. 6, Planstellen und Stellen, die mit Schwerbehinderten besetzt sind, Planstellen und Stellen, die aufgrund von Maßnahmen nach § 78 b oder § 85 a des Landesbeamtengesetzes oder § 6 a oder § 6 b des Landesrichtergesetzes oder aufgrund entsprechender tarifvertraglicher Regelungen oder bei Erziehungsurlaub von mindestens einem Jahr frei werden."</p> <p><u>Begründung</u> s. nächste Seite</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE ja</p>

Haushaltsgesetz

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
noch HG/7		<p><u>Begründung:</u></p> <p>Die Vorschrift schafft eine Ausnahme von der Stellenbesetzungssperre u.a. für Stellen, die nach den §§ 78 b oder 85 a des Landesbeamtengesetzes oder § 6 a oder § 6 b des Landesrichtergesetzes frei werden. Auf den tarifvertraglichen Bereich ist diese Regelung bisher analog angewandt worden.</p> <p>Die Ergänzung erweitert den rechtlichen Geltungsbereich der Bestimmung auf die Anwendungsfälle der Tarifverträge und stellt damit eine Anpassung an die Praxis dar.</p>	

Einzelplanübergreifend

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
ALLG/1	<p>Die Landesregierung/der Arbeitsstab "Aufgabenkritik" wird gebeten, eine Organisationsuntersuchung in den Gerichtsbarkeiten durchführen zu lassen und dem Unterausschuß das erstellte Gutachten vorzulegen. Dabei soll insbesondere auch der interne Geschäftsablauf in den einzelnen Organisationseinheiten überprüft werden.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Der Unterausschuß "Personal" hat erörtert, ob der interne Geschäftsablauf in den Gerichtsbarkeiten optimal und zeitgemäß organisiert ist. Im Gegensatz zu der derzeitigen Organisation (Geschäftsstelle, Zentralkanzlei) käme beispielsweise eine unmittelbare Zuordnung von Schreibkräften und Mitarbeitern zu Richtern/Rechtspflegern in Betracht. Ein Einsparungspotential könnte entstehen, wenn Richter/Rechtspfleger von organisatorischen Arbeiten befreit würden.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE Enth.</p>
ALLG/2	<p>Der Unterausschuß "Personal" wird sich im Laufe des Jahres 1993 noch einmal mit dem Thema "Mischarbeitsplätze im Schreibdienst" beschäftigen und hierzu Sachverständige der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Gewerkschaften einladen.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE ja</p>

Einzelplan 01 - Landtag

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
01/1	<p>SPD/FA</p>	<p>Kapitel 01 010 - Landtag Titel 425 10</p> <p>Zugang von Stellen für Angestellte</p> <p>a) 1 Stelle Verg.Gr. IV b BAT b) 2 Stellen Verg.Gr. V b/V c BAT c) 2 Stellen Verg.Gr. VII/VIII BAT</p> <p>Erhöhung des Ansatzes um 284.000 DM</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>a) Die Stelle wird für die Verstärkung des Stenographischen Dienstes benötigt. b) Die Stellen sind für einen Meister in der Haustechnik und die Dokumentationsassistenten "Parlamentsspiel" vorgesehen. c) Die Stellen sind für den Schreibdienst vorgesehen (Stenogr. Dienst, Plenum/Ausschüsse und Petitionen).</p> <p><u>Votum des Fachausschusses:</u> angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Einzelplan 01 - Landtag

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
01/2	F.D.P.	<p>Kapitel 01 010 - Landtag Gruppen 422, 425</p> <p>Abgang von Planstellen und Stellen</p> <p>18 Stellen aus den Zugängen ab 1990</p> <p>Begründung: "Abschlanken" der Verwaltung</p>	<p>abgelehnt SPD nein CDU Enth. F.D.P. ja GRÜNE nein</p>

Einzelplan 01 - Landtag

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
01/3	SPD/FA <u>Kapitel 01 010 - Landtag</u> <u>Titel 426 10</u> Zugang von Stellen für Arbeiter 1 Stelle Lohngr. 3 - 2 a MTL Erhöhung des Ansatzes um 48.000 DM. <u>Begründung:</u> Die Stelle wird für einen Mitarbeiter in der Druckerei benötigt. <u>Votum des Fachausschusses:</u> angenommen SPD ja CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja	angenommen SPD ja CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja
Gesamtabstimmung über den Einzelplan 01:		angenommen SPD ja CDU 1 x Enth. 1 x nein F.D.P. ja GRÜNE ja

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
02/1		<p><u>Kapitel 02 010 - Ministerium</u> <u>Titel 422 10</u></p> <p>Abgang von Leerstellen</p> <p>1 Stelle Bes.Gr. B 2 BBesO - Entwicklungshilfe -</p> <p>1 Stelle Bes.Gr. A 16 BBesO - Fraktionsdienst des Landtags -</p> <p>1 Stelle Bes.Gr. A 15 BBesO - Fraktionsdienst des Landtags -</p> <p><u>Begründung:</u> Die Staatskanzlei hat mitgeteilt, daß die Leerstellen entbehrlich sind.</p>	<p>eintimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja</p>

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
02/2	SPD Zugang von Leerstellen 1 Stelle Verg.Gr. V c BAT Abgang von Leerstellen 1 Stelle Verg.Gr. VI b/VII BAT	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja
<u>Kapitel 02 010 - Ministerium</u> <u>Titel 425 10</u>		
<u>Begründung:</u> Eine beurlaubte Angestellte der Verg.Gr. VI b BAT erfüllt 1993 die Voraussetzungen für die Höhergruppierung nach Verg.Gr. V c BAT.		

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
02/3	SPD	<p><u>Kapitel 02 010 - Ministerium</u> Titel 425 10 Titel 426 10</p> <p>Zugang von Leerstellen</p> <p>1 Stelle Verg.Gr. VII BAT (Titel 425 10)</p> <p>Abgang von Leerstellen</p> <p>1 Stelle Lohngr. 3 a - 2 a MTL (Titel 426 10)</p> <p><u>Begründung:</u> Ein beurlaubter Mitarbeiter MTL im Fraktionsdienst erfüllt die Voraussetzungen für die Eingruppierung nach Verg.Gr. VII BAT.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE ja</p>

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
02/4	F.D.P.	<p><u>Kapitel 02 010 - Ministerium</u> <u>Gruppen 422, 425 und 426</u></p> <p>Abgang von Planstellen und Stellen</p> <p>44 Stellen (= 10 % des Personalsolls)</p> <p><u>Begründung:</u> "Abschlanke" der Verwaltung auf den Stand vor der Regierungsbildung 1990</p>	<p>abgelehnt SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>
Gesamtabstimmung über den Einzelplan 02:			<p>angenommen SPD ja CDU nein F.D.P. nein GRÜNE nein</p>

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
03/0.1	F.D.P.	<p><u>Kapitel 03 010 - Ministerium</u> <u>Titel 422 10</u> Hebung von Leerstellen durch Abgang 1 Stelle Bes.Gr. A 16 Zugang 1 Stelle Bes.Gr. B 2</p>	<p>einstimmig angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE abwesend</p>
		<p><u>Begründung:</u> Ein beurlaubter Beamter (Landtagsfraktion) erfüllt die Voraussetzungen für eine Beförderung nach Bes.Gr. B 2.</p>	

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
03/1	<p><u>Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes NRW</u></p> <p><u>Kapitel 03 130 - Polizeiführungsakademie Münster</u></p> <p><u>Kapitel 03 410 - Landesvermessungsamt NRW Bonn-Bad G.</u></p> <p>Titel 422 10 - Bezüge der Beamten Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten Titel 426 10 - Bezüge der Arbeiter Titel 427 20 - Vergütungen und Löhne für Aushilfen</p> <p>Wegfall der Verstärkungsvermerke zugunsten des Titels 427 20</p> <p><u>Begründung:</u> Die Verstärkungsvermerke sind - auch nach Ansicht des Innenministeriums - nicht notwendig.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja</p>

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
03/2	<p><u>Kapitel 03 010 - Ministerium</u> Titel 422 10 - Bezüge der Beamten Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten Titel 426 10 - Bezüge der Arbeiter</p> <p>Wegfall der Haushaltsvermerke hinsichtlich der Prüfung gem. § 12 LRHG</p> <p><u>Begründung:</u> Durch die Einrichtung der Titelgruppe 60 sind die Haushaltsvermerke - auch aus der Sicht des Innenministeriums - entbehrlich.</p>	<p>einstimmig angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja</p>
03/3	<p><u>Kapitel 03 010 - Ministerium</u> Titel 422 10</p> <p>Zugang von Leerstellen</p> <p>1 Stelle Bes.Gr. A 15</p> <p><u>Begründung:</u> Eine Beamtin der Bes.Gr. A 14 ist für den Fraktionsdienst beurlaubt worden und eine Beamtin der Bes.Gr. A 14 erfüllt 1993 die Voraussetzungen für die Beförderung nach Bes.Gr. A 15.</p>	<p>einstimmig angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja</p>

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
03/4	SPD/FA	<p><u>Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen</u> <u>Titel 422 10</u></p> <p>Zugang von Planstellen 621 Stellen Bes.Gr. A 10 196 Stellen Bes.Gr. A 9 gd</p> <p>Abgang von Planstellen 621 Stellen Bes.Gr. A 9 Z 196 Stellen Bes.Gr. A 9 md</p> <p>Erhöhung des Ansatzes von 2.356.538.900 DM um 1.300.000 DM auf 2.357.838.900 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Die Überleitung von Beamten des mittleren in den gehobenen Polizeivollzugsdienst soll ausgeweitet werden. Der prüfungsfreie Aufstieg wird bis zum Geburtsjahrgang 1943 ausgeweitet, das Mindestalter für den prüfungserleichterten Aufstieg auf 38 Jahre abgesenkt, ohne die Beförderungschancen im mittleren Dienst sowie die Chancen der bisherigen Altersgruppe zu mindern.</p> <p><u>Votum des Fachausschusses:</u> angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enth. F.D.P. -- GRÜNE ja</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enth. F.D.P. ja GRÜNE ja</p>

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
03/5	CDU	<p><u>Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen</u> <u>Titel 422 10 - Bezüge der Beamten</u></p> <p>Umwandlung von Planstellen durch</p> <p>Zugang von Planstellen 500 Stellen Bes.Gr. A 9 gD Polizeikommissar/Polizeikommissarin</p> <p>Abgang von Planstellen 500 Stellen Bes.Gr. A 9 mD Polizeihauptmeister/Polizeihauptmeisterin</p> <p><u>Begründung:</u> Zur Beschleunigung der Umsetzung der Ergebnisse des Kienbaum-Gutachtens ist die Zahl der Planstellen im gehobenen Dienst weiter zu erhöhen. Von den 500 zusätzlichen Planstellen sollen 250 für den erleichterten Aufstieg der mittleren Altersgruppen und 250 für den FHS-Aufstieg genutzt werden, um den jüngeren Schutzpolizeibeamten eine bessere Perspektive zu eröffnen.</p>	<p>abgelehnt nein SPD ja CDU Enth. F.D.P. nein GRÜNE</p>

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
03/6	CDU	<p>Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen Titel 422 20 - Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst</p> <p>a) Der Ansatz wird um 8.000.000 DM erhöht.</p> <p>b) Erhöhung der Stellen für Polizeihauptwachtmeister-Anwärterinnen und -Anwärter - Bes.Gr. A 6 - um weitere 400 bei gleichzeitiger Erhöhung der entsprechenden Einstellungsermächtigungen von 1.403 auf 1.803.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>In Nordrhein-Westfalen gibt es - auch vom Innenminister nicht bestritten - einen Fehlbestand von 7.500 Polizeibeamten. Im Haushaltsentwurf sind lediglich Stellen für den Nachersatz vorgesehen. Durch die beantragte Personalverstärkung soll ein Einstieg in eine Verringerung des Personalfehlbestandes geschaffen werden.</p>
		<p>abgelehnt SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE nein</p>

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
03/7	<p><u>Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen</u> <u>Titelgruppe 79</u> <u>Titel 422 79</u></p> <p>Verlängerung eines kw-Vermerks an einer Stelle der Bes.Gr. A 11 vom 31.12.1993 auf den 31.12.1994</p> <p><u>Begründung:</u> In der Titelgruppe 79 sollten alle kw-Vermerke einheitlich auf den 31.12.1994 verlängert werden. Dies ist bei dieser Stelle der Bes.Gr. A 11 versäumt worden.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja</p>

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
03/8	CDU	<p>Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten</p> <p>Die kw-Vermerke zum 31.12.1993 werden bei allen betroffenen Angestelltenstellen gestrichen.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Die zur Zeit mit kw-Vermerken versehenen Stellen sind mit Angestellten besetzt, die Verwaltungsaufgaben zur Entlastung der Polizeibeamtinnen und -beamten erledigen. Sollten diese kw-Vermerke zum 31.12.1993 einzulösen sein, würden diese Verwaltungstätigkeiten wieder den Polizei-beamtinnen und -beamten zufallen. Eine solche Auswirkung stünde im Gegensatz zu dem, was die Politik mit der Schaffung dieser Stellen beabsichtigte. Konsequenterweise ist die Streichung der kw-Vermerke vorzunehmen.</p>	<p>abgelehnt SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE nein</p>

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
03/10	<p>Kapitel 03 310 - 5 Regierungspräsidenten Titel 422 10 Titel 425 10</p> <p>Änderung der kw-Vermerke "1.1.1993" in "ab 1.1.1993" bei folgenden Stellen</p> <ul style="list-style-type: none"> 5 Stellen Bes.Gr. A 13 hD BBesO 4 Stellen Bes.Gr. A 11 BBesO 3 Stellen Bes.Gr. A 10 BBesO 10 Stellen Bes.Gr. A 9 gD BBesO 1 Stelle Bes.Gr. Ib BAT 6 Stellen Bes.Gr. IIa BAT 2 Stellen Bes.Gr. IIa/III BAT <p><u>Begründung:</u> Das Kabinett hatte kw-Vermerke "ab 1.1.1993" beschlossen. Die kw-Vermerke sind redaktionell richtigzustellen.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja</p>

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
03/11	<p>SPD</p> <p><u>Kapitel 03 310 - 5 Regierungspräsidenten</u> <u>Titel 422 10</u></p> <p>Zugang von Planstellen</p> <p>22 Stellen Bes.Gr. A 15 BBesO - Studiendirektor/Studiendirektorin</p> <p>11 Stellen Bes.Gr. A 14 BBesO - Oberstudienrat/Oberstudienrätin</p> <p>9 Stellen Bes.Gr. A 13 BBesO - Studienrat/Studienrätin</p> <p><u>Begründung:</u> Die 42 Stellen werden für Fachleiter für die Lehrerfortbildung benötigt. Zur Deckung werden bei Kapitel 05 300 (Schulen gemeinsam) 42 Stellen der Bes.Gr. A 14 BBesO für die Qualifikationsweiterung abgesetzt.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU nein</p> <p>F.D.P. nein</p> <p>GRÜNE Enth.</p>

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
03/12	CDU	<p>Kapitel 03 350 - Fachhochschule f. öffentliche Verwaltung Titel 422 10</p> <p>a) Der Ansatz wird um 450.000 DM erhöht.</p> <p>b) Erhöhung der Professorenstellen der Bes.Gr. C 2 von 28 auf 33.</p> <p><u>Begründung:</u> In der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung wird das allgemein geforderte Verhältnis von 60 zu 40 zwischen hauptamtlichen und nebenamtlichen Lehrkräften bei weitem nicht erreicht. Um den Qualitätsstandard der Ausbildung der Fachhochschüler zu erhalten, ist dringend eine Erhöhung der Stellen der hauptamtlichen Lehrkräfte notwendig.</p>
		<p>abgelehnt SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE Enth.</p>

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
03/13		<p><u>Kapitel 03 610 - Landesamt f. Datenverarbeitung und Statistik NRW Düsseldorf</u> <u>Titel 425 10</u></p> <p>Redaktionelle Rückführung einer versehentlich vorgenommenen Stellenhebung durch</p> <p>Zugang von Stellen für Angestellte 21 Stellen Verg.Gr. IV b BAT</p> <p>Abgang von Stellen für Angestellte 21 Stellen Verg.Gr. IV a BAT</p> <p>Anpassung der Tabelle "Zugang".</p> <p><u>Begründung:</u> Im Haushaltsplanentwurf 1993 sind versehentlich 21 Hebungen vorgenommen worden, die bereits 1992 berücksichtigt waren. Das Innenministerium soll dies redaktionell bereinigen.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE ja</p>

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
		angenommen SPD ja CDU nein F.D.P. nein GRÜNE nein
Gesamtabstimmung über den Einzelplan 03:		

Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
04/1		Der Punkt wurde nicht zur Abstimmung gestellt.
04/2		<p>Der Unterausschuß beabsichtigt, sich nach den Haushaltsberatungen mit der zentralen Bearbeitung der Mahnsachen zu befassen.</p> <p>Das Justizministerium wird gebeten, dem Unterausschuß bis Ende März 1993 die Ursachen für die Problematik bei der zentralen Bearbeitung von Mahnsachen durch das zentrale Mahngericht in Hagen anhand einer Vorlage darzustellen.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Bei der automatischen Bearbeitung von Mahnsachen sind Schwierigkeiten aufgetreten, die auch im personellen Bereich begründet sind.</p>

einstimmig angenommen
 SPD ja
 CDU ja
 F.D.P. ja
 GRÜNE ja

Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
04/2.1	SPD	<p>Kapitel 04 010 - Ministerium Titel 422 10</p> <p>Hebung von Leerstellen durch</p> <p style="padding-left: 40px;">Abgang</p> <p style="padding-left: 40px;">1 Stelle Bes.Gr. R 1</p> <p style="padding-left: 40px;">Zugang</p> <p style="padding-left: 40px;">1 Stelle Bes.Gr. R 2</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Ein beurlaubter Richter (Landtagsfraktion) erfüllt die Voraussetzungen für eine Beförderung nach Bes.Gr. R 2.</p>	<p>instimmig angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE ja</p>

Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
04/3	<p>CDU</p> <p>Kapitel 04 020 - Allgemeine Bewilligungen</p> <p>Veränderung von kw-Vermerken:</p> <p>(58) 58 Stellen des Einzelplans 04 sind kw zum <u>31.12.1995</u>.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Bei den 58 Stellen handelt es sich ursprünglich um zusätzliche Richterstellen für die Verwaltungsgerichtsbarkeit, die wegen der steigenden Zahl von Asylverfahren geschaffen wurden. Da mit einem Rückgang der Verwaltungsgerichtsverfahren in Asylsachen in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist, sind die kw-Vermerke vom 31.12.1993 auf den 31.12.1995 zu verlängern.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. Enth.</p> <p>GRÜNE Enth.</p>

Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
04/4	CDU	<p>Kapitel 04 050 - Justizvollzugseinrichtungen Titel 422 10</p> <p>Zugang von Planstellen</p> <p>85 Stellen Bes.Gr. A 6 - Justizvollzugssekretär kw zum 31.12.1995</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 3.400.000 DM</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Im Jahre 1992 wurden Beamte an die Abschiebehafteinrichtungen Gütersloh, Herne und Coesfeld abgeordnet. Eine Rückkehr dieser Bediensteten an ihre Stammdienststellen erscheint in Anbetracht der bekannten Asylbewerbersituation zumindest in den nächsten drei Jahren unwahrscheinlich. Wegen der angespannten Personalsituation in den überfüllten Justizvollzugsanstalten ist es zwingend notwendig, für die Zeit der Abordnung Ersatz zu schaffen.</p>
		<p>abgelehnt SPD CDU F.D.P. GRÜNE</p> <p>nein ja Enth. nein</p>

Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
04/5	<p><u>Kapitel 04 080 - Finanzgerichtsbarkeit</u> <u>Titel 422 10</u></p> <p>Hebung von Planstellen durch Zugang von Planstellen 1 Stelle Bes.Gr. A 12 BBesO Abgang von Planstellen 1 Stelle Bes.Gr. A 10 BBesO</p> <p>Ausbringung von Haushaltsvermerken:</p> <p>1 Stelle Bes.Gr. A 12 darf für Beförderungen in diese Besoldungsgruppe nur mit Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags in Anspruch genommen werden.</p> <p>1 Stelle Bes.Gr. A 11 darf für Beförderungen in diese Besoldungsgruppe nur mit Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags in Anspruch genommen werden.</p> <p>Begründung s. nächste Seite</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE ja</p>

Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
noch 04/5	<p><u>Begründung:</u></p> <p>Das Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1991 ist aufgrund einer haushaltsgesetzlichen Ermächtigung im Vollzug des Haushalts 1992 umgesetzt worden, ohne den Stellenschlüssel der Finanzverwaltung auf die Finanzgerichtsbarkeit zu übernehmen. Die beschlossene Hebung holt diese Maßnahme nach. Sie eröffnet 2 Beförderungsmöglichkeiten, und zwar eine nach A 11 und eine nach A 12.</p> <p>Der <u>Rechtsausschuß</u> hatte zuvor einstimmig beschlossen, "die entsprechende Forderung der Deutschen Steuergewerkschaft insoweit zu unterstützen".</p> <p>Nach Mitteilung der Landesregierung besteht hinsichtlich der Anwendbarkeit der Stellenplanobergrenzen der Finanzverwaltung in der Finanzgerichtsbarkeit noch kein Einvernehmen. Der qualifizierte Sperrvermerk ist ausgebracht, um das Ergebnis der derzeitigen, regierungsinternen Verhandlungen überprüfen zu können.</p>	

Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
		angenommen SPD ja CDU nein F.D.P. Enth. GRÜNE nein
GesamtAbstimmung über den Einzelplan 04:		

Einzelplan 05 - Kultusministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
05/1	<p>Kapitel 05 050 - Staatliche Zentralstelle für Fernunterricht in Köln Titel 425 10</p> <p>Wegfall eines kw-Vermerks an einer Stelle der Verg.Gr. VII/VIII BAT</p> <p><u>Begründung:</u> Die Stelle ist auf Dauer notwendig.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja</p>

Einzelplan 05 - Kultusministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
05/2	CDU	<p><u>Kapitel 05 310 - Öffentliche Grundschulen</u> <u>Kapitel 05 390 - Öffentliche Sonderschulen</u> <u>Kapitel 05 410 - Öffentl. berufsbildende Schulen</u></p> <p>Zugang von</p> <p>1000 Planstellen und Stellen für Lehrer</p> <p>Verteilung auf:</p> <p>Kapitel 05 310 550 Stellen Kapitel 05 390 200 Stellen Kapitel 05 410 250 Stellen</p> <p><u>Begründung:</u> Zur Begründung wird auf die Ausführungen im Ausschuß für Schule und Weiterbildung hingewiesen.</p>	<p>abgelehnt SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE Enth.</p>

Einzelplan 05 - Kultusministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
05/3	CDU	<p><u>Abbau von Ungerechtigkeiten im Schulbereich - "Unterrichten statt Verwalten -"</u></p> <p>Abgang von Planstellen 100 Stellen im Kapitel 05 140 - Landesinstitut 811 Stellen im Kapitel 05 380 - Gesamtschulen 155 Stellen im Kapitel 05 440 - Kollegschulen</p> <p>Zugang von Planstellen 215 Stellen für Grundschulen 596 Stellen für Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien 100 Stellen für Sonderschulen 155 Stellen für berufsbildende Schulen</p> <p><u>Begründung:</u> Zur Begründung wird auf die Ausführungen im Ausschuß für Schule und Weiterbildung hingewiesen.</p>	<p>abgelehnt SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE Enth.</p>

Einzelplan 05 - Kultusministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
05/4	SPD	<p><u>Kapitel 05 120 - Studienseminare für die Ausbildung der Lehrer und Landesinstitut für Landwirtschaftspädagogik</u> <u>Titel 425 10</u></p> <p>Abgang von Stellen für Angestellte</p> <p>2 Stellen Verg.Gr. II a BAT</p> <p><u>Begründung:</u> Die Absetzung der Stellen soll der Deckung für 1 zusätzliche Stelle bei Kapitel 06 160 - Institut für "Sportdidaktik" - der Universität Dortmund sowie der Deckung für 1 zusätzliche Stelle bei Kapitel 05 130 - Landesinstitut für internationale Berufsbildung Solingen - dienen.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU Enth.</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE Enth.</p>
05/4.1	SPD	<p><u>Kapitel 05 130 - Landesinstitut für internationale Berufsbildung Solingen</u> <u>Titel 422 10</u></p> <p>Zugang von Planstellen</p> <p>1 Stelle Bes.Gr. A 13</p> <p><u>Begründung:</u> Erheblicher Verwaltungsmehraufwand</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU Enth.</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE Enth.</p>

Einzelplan 05 - Kultusministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
05/5	<p>Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam Titel 422 10</p> <p>Abgang von Planstellen</p> <p>42 Stellen Bes.Gr. A 14</p> <p>Begründung: Die Stellen sind vorgesehen als Deckung für die Qualifikationserweiterung im Kapitel 03 310 Titel 422 10.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein F.D.P. nein GRÜNE Enth.</p>
05/6	<p>Antrag wurde zurückgezogen</p>	
05/7	<p>F.D.P.</p> <p>Kapitel 05 310 - Öffentliche Grundschulen Titel 422 10</p> <p>Zugang von Planstellen</p> <p>550 Stellen Bes.Gr. A 12 - Lehrer</p> <p>Begründung: 550 zusätzliche Stellen für den Grundschulbereich, um den Schülerzuwachs von ca. 3 % aufzufangen, dem bisher nur ein Stellenzuwachs von 438 Stellen (= etwa 1,4 %) gegenübersteht.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja</p>

Einzelplan 05 - Kultusministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
05/8	Antrag der Fraktion SPD/FA	<p>Kapitel 05 310 - Öffentliche Grundschulen u.a. Titel 422 10</p> <p>Zugang von Planstellen bei Kapitel 05 310 45 Stellen Bes.Gr. A 12</p> <p>Abgang von Planstellen 45 Stellen für Lehrer die an Fortbildungsmaßnahmen von mindestens halbjähriger Dauer teilnehmen - in verschiedenen Kapiteln -</p> <p><u>Begründung:</u> Die Ausweisung der zusätzlichen 45 Stellen erfolgt zum Ausgleich von Unterrichtsmehrbedarf für den gemeinsamen Unterricht behinderter und nichtbehinderter Schüler. Damit erhöht sich die Gesamtzahl der Stellen auf 62.</p> <p><u>Deckung:</u> 45 Stellen der Stellen für Lehrer, die an Fortbildungsmaßnahmen von mindestens halbjähriger Dauer teilnehmen, werden in den Schulkapiteln gleichmäßig vom Kultusminister entsprechend abgesenkt.</p> <p><u>Votum des Fachausschusses:</u> angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein F.D.P. nein GRÜNE Enth.</p>

Einzelplan 05 - Kultusministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
05/9	<p>F.D.P.</p> <p><u>Kapitel 05 330 - Öffentliche Realschulen</u> <u>Titel 422 10</u></p> <p>Zugang von Planstellen</p> <p>Schaffung einer zweiten Realschulkonrektor/-Realschulkonrektorinnenstelle an Realschulen mit mehr als 540 Schülern</p> <p><u>Begründung:</u> Anpassung der Aufstiegschancen an Realschulen an bundesweite Regelungen, Schaffung neuer Motivation</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU Enth.</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE nein</p>
05/10	<p>CDU/SPD</p> <p><u>Kapitel 05 340 - Öffentliche Gymnasien</u> <u>Titel 422 10</u></p> <p>Abgang von Leerstellen</p> <p>1 Stelle Bes.Gr. A 13 hD</p> <p>1 Stelle Bes.Gr. A 14</p> <p>Zugang von Leerstellen</p> <p>1 Stelle Bes.Gr. A 14</p> <p>1 Stelle Bes.Gr. A 15</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE Enth.</p>

Einzelplan 05 - Kultusministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
05/11	SPD/FA	<p><u>Kapitel 05 380 - Öffentliche Gesamtschulen</u> <u>Titel 422 10</u></p> <p>Zugang von Planstellen</p> <p>4 Stellen Bes.Gr. A 10 - Fachlehrer/Werkstattlehrer -</p> <p>Abgang von Planstellen</p> <p>4 Stellen Bes.Gr. A 9 - Fachlehrer/Werkstattlehrer -</p> <p><u>Begründung:</u> Der Beförderungsschlüssel für Fachlehrer und Werkstattlehrer der Bes.Gr. A 9/A 10 wird auf 47,5 & A 9 und 52,5 & A 10 festgelegt.</p> <p><u>Deckung:</u></p> <p>Es ist bei allen Kapiteln zusammen mit Mehrkosten in Höhe von 1,1 Mio. DM zu rechnen. Der Besoldungsaufwand für die Beförderungssämter ist in der pauschalen Berechnung des Gesamtstellensolls enthalten.</p> <p><u>Votum des Fachausschusses:</u> einstimmig angenommen</p>
		<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE ja</p>

Einzelplan 05 - Kultusministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
05/12	SPD/FA	<p>Kapitel 05 390 - Öffentliche Sonderschulen u.a. Titel 422 10</p> <p>Zugang von Planstellen bei Kapitel 05 390 40 Stellen der Bes.Gr. A 13 - Sonderschullehrer</p> <p>Abgang von Planstellen 40 Stellen für Lehrer die an Fortbildungsmaßnahmen von mindestens halbjähriger Dauer teilnehmen - in verschiedenen Kapiteln -</p> <p><u>Begründung:</u> Die Planstellen werden zum Ausgleich von Unterrichtsmehrbedarf für den gemeinsamen Unterricht behinderter und nichtbehinderter Schüler ausgewiesen. Damit erhöht sich die Gesamtzahl der Stellen auf 97.</p> <p><u>Deckung:</u> 40 Stellen für Lehrer, die an Fortbildungsmaßnahmen von mindestens halbjähriger Dauer teilnehmen, werden in den Schulkapiteln gleichmäßig vom Kultusminister entsprechend abgesenkt.</p> <p><u>Votum des Fachausschusses:</u> angenommen SPD ja CDU nein F.D.P. nein GRÜNE Enth.</p>

Einzelplan 05 - Kultusministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
05/13	SPD/FA	<p>Kapitel 05 390 - Öffentliche Sonderschulen Titel 422 10</p> <p>Zugang von Planstellen</p> <p>119 Planstellen der Bes.Gr. A 10 - Fachlehrer an Sonderschulen - 3 Planstellen der Bes.Gr. A 10 - Fachlehrer/Werkstattlehrer -</p> <p>Abgang von Planstellen</p> <p>119 Planstellen der Bes.Gr. A 9 - Fachlehrer an Sonderschulen - 3 Planstellen der Bes.Gr. A 9 - Fachlehrer/Werkstattlehrer -</p> <p><u>Begründung:</u> Der Beförderungsschlüssel für Fachlehrer und Werkstattlehrer der Bes.Gr. A 9/A 10 wird auf 47,5 & A 9 und 52,5 & A 10 festgelegt.</p> <p><u>Deckung:</u> Es ist bei allen Kapiteln zusammen mit Mehrkosten in Höhe von 1,1 Mio. DM zu rechnen. Der Besoldungsaufwand für die Beförderungssämter ist in der pauschalen Berechnung des Gesamtstellensolls enthalten.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja</p>

Einzelplan 05 - Kultusministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
05/14	<p>SPD/FA</p> <p>Kapitel 05 410 - Öffentl. berufsbildende Schulen Titel 422 10</p> <p>Zugang von Planstellen</p> <p>37 Stellen Bes.Gr. A 10 - Fachlehrer/Werkstattlehrer -</p> <p>Abgang von Planstellen</p> <p>37 Stellen Bes.Gr. A 9 - Fachlehrer/Werkstattlehrer -</p> <p>Abgang von ku-Vermerken 45 ku-Vermerke an Stellen Bes.Gr. A 10 - Fachlehrer/Werkstattlehrer - 11 ku-Vermerke an Stellen Bes.Gr. A 10 - Fachlehrer an beruflichen Schulen -</p> <p><u>Begründung:</u> Der Beförderungsschlüssel für Fachlehrer und Werkstattlehrer der Bes.Gr. A 9/A 10 wird auf 47,5 & A 9 und 52,5 & A 10 festgelegt.</p> <p><u>Votum des Fachausschusses:</u> einstimmig angenommen</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja</p>

Einzelplan 05 - Kultusministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
05/15	SPD/FA	<p>Kapitel 05 440 - Öffentliche Kollegschulen Titel 422 10</p> <p>Zugang von Planstellen</p> <p>23 Stellen Bes.Gr. A 10 - Fachlehrer/Werkstattlehrer - 1 Stelle Bes.Gr. A 10 - Fachlehrer an beruflichen Schulen -</p> <p>Abgang von Planstellen</p> <p>23 Stellen Bes.Gr. A 9 - Fachlehrer/Werkstattlehrer - 1 Stelle Bes.Gr. A 9 - Fachlehrer an beruflichen Schulen -</p> <p><u>Begründung:</u> Der Beförderungsschlüssel für Fachlehrer und Werkstattlehrer der Bes.Gr. A 9/A 10 wird auf 47,5 & A 9 und 52,5 & A 10 festgelegt.</p> <p><u>Deckung:</u> Es ist bei allen Kapiteln mit Mehrkosten in Höhe von 1,1 Mio. DM zu rechnen. Der Besoldungsaufwand für die Beförderungssämter ist in der pauschalen Berechnung des Gesamtstellensolls enthalten.</p>
		<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja</p>

Einzelplan 05 - Kultusministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
		Gesamtabstimmung über den Einzelplan 05: angenommen SPD ja CDU nein F.D.P. nein GRÜNE nein

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
06/1	<p>SPD/FA</p> <p><u>Kapitel 06 112 - Medizinische Einrichtung der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn</u></p> <p><u>Kapitel 06 122 - Medizinische Einrichtung der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster</u></p> <p><u>Kapitel 06 142 - Medizinische Einrichtung der Rh.-Westf. Technischen Hochschule Aachen</u></p> <p><u>Kapitel 06 152 - Medizinische Einrichtung der Ruhr-Universität Bochum</u></p> <p>Titel 429 00</p> <p>Umschichtung von kw-Vermerken zwischen den Kapiteln der Medizinischen Einrichtungen der Universitäten Bonn, Münster, Aachen und Bochum im Rahmen der Medizinkonzentration zugunsten der Zahnmedizin Münster (8 Stellen) und Bochum (1 Stelle).</p> <p><u>Votum des Fachausschusses:</u> angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU Enth.</p> <p>F.D.P. Enth.</p> <p>GRÜNE Enth.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU Enth.</p> <p>F.D.P. Enth.</p> <p>GRÜNE Enth.</p>

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
06/2	<p>SPD</p> <p><u>Kapitel 06 010 - Ministerium</u> <u>Titel 422 10</u></p> <p>Zugang von Leerstellen</p> <p>1 Stelle Bes.Gr. A 14</p> <p><u>Begründung:</u> Beurlaubung eines Beamten der Bes.Gr. A 14 für den Fraktionsdienst im Landtag</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja</p>
06/3	<p>SPD/FA</p> <p><u>Kapitel 06 110 - Hochschulen allgemein</u> <u>Titelgruppe 64</u></p> <p>Verwendung von 7 zusätzlich aufgekomenen Planstellen/Stellen gem. Anhang 6 a und b zur Vorlage 11/1719.</p> <p><u>Votum des Fachausschusses:</u> angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enth. F.D.P. ja GRÜNE ja</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enth. F.D.P. ja GRÜNE ja</p>

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
06/4	SPD/FA	<p>Kapitel 06 110 - Hochschulen allgemein Titelgruppe 65</p> <p>Verwendung von 21 im Haushaltsplan ausgewiesenen Planstellen/Stellen und 6 weiteren aufgekomenen Planstellen und Stellen gem. Vorlage 11/1675.</p> <p><u>Votum des Fachausschusses:</u> einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enth. F.D.P. ja GRÜNE ja</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enth. F.D.P. ja GRÜNE ja</p>

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
06/5	<p>SPD/Fa</p>	<p><u>Kapitel 06 131 - Universität zu Köln</u> <u>Titel 425 10</u></p> <p><u>Kapitel 06 132 - Medizinische Einrichtungen zu Köln</u></p> <p>Zugang von Stellen für Angestellte</p> <p>1 Stelle Verg.Gr. I b/II a BAT - Dauer - (Kapitel 06 131)</p> <p>Abgang von Stellen für Arbeiter</p> <p>1 Stelle Lohngr. 1 a - 1 (Kapitel 06 132)</p> <p><u>Begründung:</u> Zur Arrondierung des Lehrangebots in der Romanistik wird die zusätzliche Stelle auf Dauer benötigt. Sie soll mit einem über auslaufende AB-Maßnahmen eingearbeiteten Wissenschaftler besetzt werden.</p> <p><u>Votum des Fachausschusses:</u> angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enth. F.D.P. Enth. GRÜNE Enth.</p>

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
06/6	<p>SPD</p> <p><u>Kapitel 06 160 - Universität Dortmund</u> <u>Titel 425 10</u></p> <p>Zugang von Stellen für Angestellte</p> <p>1 Stelle Verg.Gr. II a/I b BAT (unbefristet)</p> <p><u>Begründung:</u> Für das Institut "Sportdidaktik" der Universität Dortmund ist die Ausweisung einer unbefristeten Angestelltenstelle erforderlich.</p> <p><u>Deckung:</u> Absetzung einer Stelle im Kapitel 05 120</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU Enth.</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE Enth.</p>

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
06/7	SPD/FA	<p><u>Kapitel 06 211 - Universität - Gesamthochschule - Essen</u> <u>Titel 422 10</u></p> <p>Zugang von Planstellen</p> <p>1 Stelle Bes.Gr. C 1</p> <p>Abgang von Planstellen</p> <p>1 Stelle Bes.Gr. C 3</p> <p>- Universitätsprofessor für Philosophie -</p> <p><u>Begründung:</u> Die Planstelle wird benötigt für einen wissenschaftlichen Assistenten bei der Professur für "Kommunikationswissenschaften".</p> <p><u>Votum des Fachausschusses:</u> angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enth. F.D.P. Enth. GRÜNE Enth.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enth. F.D.P. Enth. GRÜNE Enth.</p>

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
06/8	SPD/FA	<p><u>Kapitel 06 580 - Kunsthochschule für Medien Köln</u> <u>Titel 422 10</u> <u>Titel 425 10</u></p> <p>Zugang von Planstellen</p> <p>1 Stelle Bes.Gr. A 11 - für den Bereich "allgemeine Verwaltung/ Organisation" -</p> <p>Zugang von Stellen für Angestellte</p> <p>4 Stellen Verg.Gr. II a/III BAT - Ingenieure für die Betreuung der Studios und Labore -</p> <p>1 Stelle Verg.Gr. V b/V c BAT - für den Bereich "Projektorganisation und Beschaffung" -</p> <p><u>Begründung:</u> Die zusätzlichen Stellen dienen der Einrichtung zur sachgerechten Ausstattung der ersten Ausbaustufe der Kölner Kunsthochschule für Medien. <u>Deckung:</u> Aus dem zusätzlichen Stellenaufkommen in der TGr. 65 Kapitel 06 110</p> <p><u>Votum des Fachausschusses:</u> einstimmig angenommen bei Enthaltung der F.D.P.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE Enth.</p>

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
<p>Gesamtabstimmung über den Einzelplan 06:</p>		<p>angenommen SPD ja CDU nein F.D.P. nein GRÜNE nein</p>

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
07/1	<p><u>Realisierung von kw-Vermerken</u></p> <p>Zugang von Stellen für Angestellte 47 Stellen Verg.Gr. VII/VIII BAT im Kapitel 07 330</p> <p>Abgang von Planstellen und Stellen 44 Stellen entsprechend Vorlage 11/1587 (Anlage 2) in mehreren Kapiteln</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Mit Vorlage 11/1587 (Anlage 2) hat das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales eine im Vergleich zum Einzelplan 07 des Haushaltsentwurfs 1993 veränderte Einsparung für die im Haushalt 1992 veranschlagten kw-Vermerke empfohlen.</p> <p>Da der Vorschlag auf die Absetzung von 3 Stellen verzichtet, wird unter 07/5 angeregt, die entsprechenden kw-Vermerke wieder zu veranschlagen.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE Enth.</p>

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
07/2	<p style="text-align: center;"><u>Behandlung der umgesetzten Stellen</u></p> <p>a) Ausbringung von kw-Vermerken zum 31.12.1995 bei folgenden Stellen: 2 Stelle VergGr. Ib BAT im Kapitel 07 120 4 Stellen VergGr. IVa BAT im Kapitel 07 210 1 Stelle VergGr. Vc/VI BAT im Kapitel 07 210 1 Stelle BesGr. A 10 im Kapitel 07 310 1 Stelle BesGr. A 9 mD im Kap. 07 330 Titel 422 61 1 Stelle VergGr. III/IVa BAT Kap. 07 330 Tit.425 61 1 Stelle VergGr. Vb/Vc BAT Kap. 07 330 Tit. 425 61 1 Stelle VergGr. VIb BAT Kap. 07 330 Tit. 425 10 1 Stelle VergGr. VIb/VII BAT Kap. 07 330 Tit.425 10 1 Stelle BesGr. A 13 hD Kap 07 410</p> <p>b) Abgang folgender Stellen für abgeordnete Beamte im Kapitel 07 010 Titel 422 10: 1 Stelle BesGr. A 13 gD 2 Stellen BesGr. A 12 2 Stellen BesGr. A 8</p> <p>c) Wegfall folgender Haushaltsvermerke "ohne Besoldungsaufwand" im Kapitel 07 330 Titel 422 10: 1 Stelle BesGr. A 13 gD 2 Stellen BesGr. A 12 2 Stellen BesGr. A 8</p>	<p>einstimmig angenommen ja Enth. Enth. Enth.</p> <p>SPD CDU F.D.P. GRÜNE</p>

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
noch 07/2		
<p>d) Ausbringung von kw-Vermerken zum 31.12.1995 bei den unter Buchst. c) genannten Stellen</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Mit dem Haushaltsentwurf 1993 sind Umschichtungen von Stellen aus bzw. in verschiedene Kapitel etatisiert. Da es sich um Stellen handelt, die in den abgebenden Kapiteln frei waren bzw. nicht benötigt werden, sollen dafür ersatzweise Einsparungen erbracht werden.</p>		

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
07/3	<p>SPD/FA</p> <p><u>Kapitel 07 010 - Ministerium</u> <u>Titel 422 10</u></p> <p>Zugang von Planstellen</p> <p>1 Stelle Bes.Gr. A 15</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie empfiehlt die Ausbringung dieser neuen Stelle mit folgender Begründung: Die Umsetzung des GTK, des Ausbauprogramms und der Neufassung des § 24 KJHG bedeutet einen erheblichen quantitativen und qualitativen Zuwachs der Arbeitsbelastung im Ministerium. Zur ordnungsgemäßen Erledigung der anstehenden Aufgaben ist zusätzlich eine Stelle des höheren Dienstes erforderlich. Deckungsvorschlag bei 07/7</p> <p>Votum des Fachausschusses: angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. nein GRÜNE ja</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. nein</p> <p>GRÜNE ja</p>

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
07/4	GRÜNE	<p><u>Kapitel 07 010 - Ministerium</u></p> <p>Zugang von Stellen</p> <p>6 Stellen</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 500.000 DM</p> <p>Ergänzung der Erläuterungen</p> <p>"Aufgabe des Referats ist die Verwirklichung der Gleichberechtigung lesbischer Frauen und schwuler Männer in Staat, Gesellschaft und in der Arbeitswelt, in Kultur, Wissenschaft und Bildung. Ziel seiner Arbeit ist die Akzeptanz lesbischer und schwuler Lebensweisen in allen gesellschaftlichen Bereichen.</p> <p>Die personelle Ausstattung des Schwulen- und Lesbenreferates erfolgt durch Schaffung von 6 zusätzlichen Planstellen. Die Besetzung erfolgt geschlechterparitätisch.</p> <p>Diese Erläuterung ist verbindlich."</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Einrichtung einer Dienststelle "Schwulen- und Lesbenreferat".</p> <p>(...)</p>

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
<p>noch 07/4</p>		<p>Die gesellschaftliche Situation Homosexueller hat sich durch die Arbeit der Lesben- und Schwulenbewegung in den letzten Jahren positiv verändert. Dennoch sind Schwule und Lesben weiterhin in zahlreichen Rechtsbereichen wie auch im Alltagsleben empfindlichen Diskriminierungen ausgesetzt.</p> <p>Nordrhein-Westfalen hat bislang deutliche Initiativen zum Abbau gesellschaftlicher Vorurteile gegenüber Homosexualität und zur Förderung schwul-lesbischer Emanzipation vermessen lassen. In anderen Bundesländern wird dagegen zunehmend erkannt, daß die Verbesserung der Lebenssituation von Lesben und Schwulen in einer offenen Gesellschaft mit zu den Aufgaben staatlicher Politik gehört. So hat Berlin 1989 ein "Referat für die gleichgeschlechtliche Lebensweise" bei der Senatsverwaltung für Jugend, Frauen und Familie eingerichtet. Auch auf kommunaler Ebene wurden bereits Stellen für Schwulen- und Lesbenbeauftragte eingerichtet, z.B. in Leipzig. Das Lesben- und Schwulenreferat soll die Erscheinungsformen der Diskriminierung Homosexueller aufzeigen und eine aktive Antidiskriminierungspolitik auf Landesebene entwickeln. Das soll geschehen durch Förderung von Forschungsarbeit über die gesellschaftliche Lage von Lesben und Schwulen sowie die Ursachen und Erscheinungsformen von Homosexuellenfeindlichkeit, durch Öffentlichkeitsarbeit, Maßnahmen zur Bildung und Fortbildung. Das Referat soll durch sachgerechte Information und Aufklärung gegen gesellschaftliche Vorurteile angehen und die soziale Akzeptanz schwuler und</p>

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
noch 07/4		<p>lesbischer Lebensweisen vorantreiben. Gleichzeitig soll das Referat die Emanzipation von Lesben und Schwulen in Nordrhein-Westfalen fördern, u.a. durch Unterstützung von Emanzipationsobjekten und Einrichtung von Modellprogrammen.</p>	
07/4.1	SPD	<p><u>Kapitel 07 020 - Allgemeine Bewilligungen</u></p> <p>Der unter Nr. 2 veranschlagte kw-Vermerk wird durch folgenden Vermerk ersetzt:</p> <p>2. 50 (-) Planstellen und Stellen des Epl. 07 sind kw zum 31.12.1994</p> <p>3. 40 (-) Planstellen und Stellen des Epl. 07 sind kw zum 31.12.1993</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Die faktische Verlängerung eines Teils des ursprünglich veranschlagten kw-Vermerks trägt dem Stellenbedarf für Asylangelegenheiten Rechnung.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE ja</p>

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
07/5	<p><u>Kapitel 07 020 - Allgemeine Bewilligungen</u></p> <p>Ausbringung von kw-Vermerken:</p> <p style="padding-left: 40px;">3 (86) Stellen kw</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Der Haushaltsentwurf 1992 beinhaltet 86 Stellen kw zum 31.12.1992. Mit dem Entwurf des Haushalts 1993 sind diese Stellen als realisiert dargestellt.</p> <p>Im Rahmen der Beratungen des Haushaltsentwurfs 1993 hat das MAGS durch Vorlage 11/1587 (Anlage 2) um eine im Vergleich zum Haushaltsentwurf andere Realisierung dieser kw-Vermerke gebeten. Dabei sollten jedoch 3 Stellen aufgrund des höherwertigen Abbaus anderer Stellen nicht in Abgang gestellt werden. Auf 07/1 wird hingewiesen.</p> <p>Die globale Ausbringung der kw-Vermerke in den allgemeinen Kapiteln ermöglicht eine Absetzung von Stellen minderer Wertigkeit, auch wenn die Ausbringung der kw-Vermerke auf einer Veranschlagung hochwertiger Stellen beruht. Diese Möglichkeit darf jedoch nicht dazu führen, daß bei Einsparung von hochwertigen Stellen auf eine Absetzung einiger Stellen verzichtet werden kann.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. Enth.</p> <p>GRÜNE Enth.</p>

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
07/6	GRÜNE	<p><u>Kapitel 07 110 - Gewerbeaufsicht</u> <u>Titel 422 10</u> <u>Titel 425 10</u></p> <p>Zugang von Stellen</p> <p>140 Stellen für Beamte 30 Stellen für Angestellte</p> <p>Erhöhung der Ansätze</p> <p>um 10 Mio. DM bei Titel 422 10 um 2 Mio. DM bei Titel 425 10</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Die personelle Besetzung der Gewerbeaufsicht entspricht in keiner Weise ihren Aufgaben. Die hohen zusätzlichen Anforderungen aufgrund der technologischen Entwicklungen und der in jüngerer Zeit erfolgten Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen sind von der Landesregierung bisher nicht berücksichtigt. Auch im Bereich des Arbeitsschutzes sehen sich die Bediensteten der Gewerbeaufsicht oft Anforderungen gegenüber, denen sie mit den gegebenen qualifikatorischen Bedingungen kaum sachgerecht nachkommen können.</p>	<p>abgelehnt SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
07/7	SPD/FA Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung Titel 422 10 Abgang von Planstellen 1 Stelle Bes.Gr. A 15 <u>Begründung:</u> Die Stelle wird im Ministerium zur Ausführung des GTK dringender benötigt als im Sozialpädagogischen Institut. (Deckungsvorschlag für 07/3) Votum des Fachausschusses: angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. nein GRÜNE ja	angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. nein GRÜNE ja
	Gesamtabstimmung über den Einzelplan 07:	angenommen SPD ja CDU nein F.D.P. nein GRÜNE nein

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
08/1	<p>SPD</p> <p>Kapitel 08 010 - Ministerium Titel 422 10</p> <p>Zugang von Leerstellen</p> <p>1 Stelle Bes.Gr. A 16</p> <p>Abgang von Leerstellen</p> <p>1 Stelle Bes.Gr. A 15</p> <p><u>Begründung:</u> Ein Beamter der Bes.Gr. A 15 im Fraktionsdienst im Landtag erfüllt 1993 die Voraussetzung für die Beförderung nach Bes.Gr. A 16.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE ja</p>
Gesamtabstimmung über den Einzelplan 08:		<p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU nein</p> <p>F.D.P. nein</p> <p>GRÜNE nein</p>

Einzelplan 09 - Ministerium für Bundesangelegenheiten

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
09/01	<p>Kapitel 09 010 - Ministerium für Bundesangelegenheiten Titelgruppe 79 Titel 422 79 Titel 425 79</p> <p>Abgang von Stellen 2 Stellen Bes.Gr. A 16 BBesO 1 Stelle Bes.Gr. A 14 BBesO 1 Stelle Verg.Gr. Vb BAT</p> <p><u>Begründung:</u> Das Ministerium hat mitgeteilt, daß die Stellen nicht mehr benötigt werden.</p>	<p>einstimmig angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja</p>
<p>Gesamtabstimmung über den Einzelplan 09:</p>		<p>angenommen SPD ja CDU nein F.D.P. nein GRÜNE Enth.</p>

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
10/1	GRÜNE	<p><u>Kapitel 10 220 - Gewerbeaufsicht</u> <u>Titel 422 10</u> <u>Titel 425 10</u></p> <p>Zugang von Stellen</p> <p>210 Stellen für Beamte 120 Stellen für Angestellte</p> <p>Erhöhung der Ansätze</p> <p>um 15 Mio. DM bei Titel 422 10 um 8 Mio. DM bei Titel 425 10</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Im Industrieland Nordrhein-Westfalen stellt der Schutz von Bevölkerung und Umwelt vor schädlichen Immissionen eine unverzichtbare Aufgabe des Landes dar. Dem steht jedoch ein immenses Vollzugsdefizit im Bereich Immissionschutz gegenüber. Der Umweltminister hat die Gewerbeaufsichtsämter personell und materiell ausgehungert, sodaß die Gewerbeaufsicht heute nicht mehr in der Lage ist, die Einhaltung der Umweltgesetze durch die Industrie zu überwachen. Insbesondere die Kontrolle der chemischen Industrie und der gentechnischen Anlagen ist angesichts</p>	<p>abgelehnt SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß																														
noch 10/1		<p>des Mangels an qualifizierten Fachkräften in den Gewerbeaufsichtsdienstern so gut wie nicht gegeben. Aber auch viele klassische Aufgaben der Gewerbeaufsicht können nur noch lückenhaft wahrgenommen werden, da das dazu erforderliche Personal fehlt. Als besonders herausragende Aufgabengebiete sind hier die Störfallverordnung, die TA-Luft und die Reststoffverwertung und Reststoffentsorgung zu nennen.</p> <p>Neben dem Defizit bei der Überwachung gibt es auch einen enormen Mangel bei der Beratung.</p> <p>Die zusätzlichen Stellen für Beamte und Angestellte sind ein Anfang zum Abbau des Vollzugsdefizits.</p>																														
10/2		Der Punkt wurde nicht zur Abstimmung gestellt.																														
	Gesamtabstimmung über den Einzelplan 10:	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;">angenommen</td> <td style="width: 10%;"></td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>F.D.P.</td> <td>nein</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table>	angenommen						SPD	ja					CDU	nein					F.D.P.	nein					GRÜNE	nein				
angenommen																																
SPD	ja																															
CDU	nein																															
F.D.P.	nein																															
GRÜNE	nein																															

Einzelplan 11 - Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
11/1	CDU	<p>Kapitel 11 010 - Ministerium Titel 422 10 - Bezüge der Beamten Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten</p> <p>a) Bei den Planstellen der Bes.Gr. B 4 wird folgender Vermerk ausgebracht: "1 (-) Planstelle ku nach Bes.Gr. B 2"</p> <p>b) Bei den Planstellen der Bes Gr. B 2 wird folgender Vermerk ausgebracht: "2 (-) Planstellen kw"</p> <p>c) Bei den Planstellen der Bes.Gr. A 13 wird folgender Vermerk ausgebracht: "3 (-) Planstellen kw"</p> <p>d) Bei den Planstellen der Bes.Gr. A 12 wird folgender Vermerk ausgebracht: "4 (-) Planstellen kw"</p> <p>e) Bei den Planstellen der Bes.Gr. A 11 wird folgender Vermerk ausgebracht: "1 (-) Planstelle kw"</p>	<p>abgelehnt SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>

Einzelplan 11 - Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
noch 11/1		<p>f) Bei den Stellen für Angestellte Vergr.Gr. VI b BAT wird folgender Vermerk ausgebracht:</p> <p>"4 (-) Stellen kw".</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>a) Gem. dem Ergebnis der Untersuchung des Gleichstellungsinsteriums durch den Landesrechnungshof vom 12.10.1992 ist eine selbständige Ausweisung von 4 Linien-Referaten nicht gerechtfertigt. Eine Zusammenlegung von jeweils 2 Referaten zu je einem Referat ist erforderlich. Bei Zusammenlegung der Referate II.3 mit II.2 sowie III.2 mit II.4 ergibt sich eine Stelleneinsparung von 2 Planstellen Bes.Gr. B 2, einer Planstelle Bes.Gr. A 13 und 3 Planstellen Bes.Gr. A 12. Diese Planstellen sind entsprechend mit einem kw-Vermerk zu versehen.</p> <p>Die Verringerung der Referate hat zwingend die Verringerung der Gruppen von 3 auf 2 zur Folge und damit auch die Umwandlung einer Planstelle Bes.Gr. B 4 nach Bes.Gr. B 2.</p> <p>b) Des weiteren sind 4 Stellen der "allgemeinen Verwaltungsdienste" - nach Angaben des Landesrechnungshofs ohne ernsthafte Beeinträchtigung der Facharbeit - einzusparen. Dementsprechend werden</p> <ul style="list-style-type: none"> 1 Planstelle Bes.Gr. A 13, 1 Planstelle Bes.Gr. A 12, und 2 Stellen Vergr.Gr. VI b BAT 	

Einzelplan 11 - Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
noch 11/1		<p>c) Bei 4 weiteren Stellen bleibt die aufgabenbedingte Notwendigkeit noch zu begründen. Bis zu einer tragfähigen Begründung gelten diese Stellen als nicht aufgabenbedingt notwendig. Dementsprechend werden 1 Planstelle Bes.Gr. A 13, 1 Planstelle Bes.Gr. A 11 und 2 Stellen Verg.Gr. VI b BAT mit einem kw-Vermerk ausgewiesen.</p>	
11/2	F.D.P.	<p><u>Kapitel 11 010 - Ministerium</u> <u>Gruppen 422, 425 und 426</u></p> <p>Abgang von Planstellen und Stellen</p> <p>56 Stellen aller Besoldungs- und Vergütungsgruppen</p> <p><u>Begründung:</u> Auflösung des Ministeriums und Rückführung des Personals der Landesregierung auf den Stand vor der Regierun- gungsbildung 1990</p>	<p>abgelehnt SPD nein CDU Enth. F.D.P. ja GRÜNE nein</p>

Einzelplan 11 - Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
11/3	SPD	<p><u>Kapitel 11 020 - Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann</u></p> <p>Abgang eines - global ausgewiesenen - kw-Vermerkes (Haushaltsvermerk Nr. 3 auf Seite 22 Epl. 11)</p> <p><u>Begründung:</u> Die Änderung ist notwendig, weil die Stellen für die Vorkzimmer von Gruppenleitung üblicherweise dauerhaft eingerichtet werden.</p>	<p>angenommen SPD ja CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>
		<p>Gesamtabstimmung über den Einzelplan 11:</p>	<p>angenommen SPD ja CDU nein F.D.P. nein GRÜNE Enth.</p>

Einzelplan 12 - Finanzministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
12/1		Der Punkt wurde nicht zur Abstimmung gestellt.	
12/2		<p>Kapitel 12 010 - Ministerium Titelgruppe 60 - Arbeitsstab "Aufgabenkritik" Titel 425 60</p> <p>Zugang von Stellen 1 Stelle Verg.Gr. V b/V c BAT</p> <p>Abgang von Stellen 1 Stelle Verg.Gr. V c/VI b BAT</p> <p><u>Begründung:</u> Mit dem Haushaltsentwurf 1993 wird eine neue Stelle der Verg.Gr. V c/VI b BAT für den Arbeitsstab "Aufgabenkritik" veranschlagt. Im Rahmen der Beratungen des Unterausschusses "Personal" am 6.11.1992 wurde aus dem Finanzministerium vorgetragen, daß die Stelle nicht in der Verg.Gr. V c/VI b BAT benötigt wird, sondern in der Verg.Gr. V b/V c BAT.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enth. F.D.P. ja GRÜNE Enth.</p>

Einzelplan 12 - Finanzministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
12/3	GRÜNE	<p><u>Kapitel 12 050 - Finanzverwaltung</u> <u>Titel 422 10</u> <u>Titel 425 10</u></p> <p>Zugang von Stellen</p> <p>170 Stellen für Beamte 90 Stellen für Angestellte</p> <p>Erhöhung der Ansätze</p> <p>um 10 Mio. DM bei Titel 422 10 um 5 Mio. DM bei Titel 425 10</p> <p><u>Begründung:</u> Aufgrund der erheblichen Unterbesetzung von Betriebsprüfungs- und Steuerfahndungsabteilungen an den Finanzämtern können in NRW selbst offensichtliche Straftaten ("pizza-connection") nicht mehr verfolgt werden, die Prüfungen der Unternehmen werden immer oberflächlicher. Hierdurch gehen dem Land Steuereinnahmen in Milliardenhöhe verloren.</p> <p>(Fortsetzung: nächste Seite)</p>

Einzelplan 12 - Finanzministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
noch 12/3		<p>Notwendig ist eine sofortige Umsetzung von ausgebildeten Finanzbeamten aus den Lohnsteuerprüfstellen (Massenverfahren) zur Verstärkung der besonders unterbesetzten Abteilungen; zusätzliche Planstellen werden für Kräfte ausgewiesen, die Hilfstätigkeiten verrichten bzw. Finanzbeamte bei nicht ausbildungsspezifischen Tätigkeiten (Schriftverkehr, Datenverarbeitung, sonstige Verwaltung etc.) vertreten.</p> <p>Mittelfristig sind erheblich mehr Planstellen auszuweisen, die auch von den verstärkt auszubildenden Finanzbeamten besetzt werden können.</p>	

Einzelplan 12 - Finanzministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
12/4	<p style="text-align: center;">CDU</p> <p>Kapitel 12 050 - Finanzverwaltung Titel 422 20</p> <p>Zugang von Einstellungsermächtigungen</p> <p style="padding-left: 40px;">150 Einstellungsermächtigungen für den gehobenen Dienst</p> <p>Zugang von Stellen für Anwärter</p> <p style="padding-left: 40px;">150 Stellen für Anwärter des gehobenen Dienstes</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p style="padding-left: 40px;">um 1.500.000 DM</p> <p>Begründung: Personalverstärkung der Finanzverwaltung</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE ja</p>
12/5		<p>Dieser Punkt wurde nicht zur Abstimmung gestellt, da er sich durch die Annahme von 12/4 erledigt hat.</p>

Einzelplan 12 - Finanzministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
12/6	GRÜNE	<p><u>Kapitel 12 090 - Aus- und Fortbildungseinrichtungen der Finanzverwaltung</u> <u>Titel 422 10</u> <u>Titel 425 10</u></p> <p>Zugang von Stellen</p> <p>40 Stellen für Beamte 6 Stellen für Angestellte</p> <p>Erhöhung der Mittel</p> <p>um 3.000.000 DM bei Titel 422 10 um 500.000 DM bei Titel 425 10</p> <p><u>Begründung:</u> Die veranschlagten Erhöhungen dienen dem personellen Ausbau der Kapazitäten der Fachhochschule für Finanzen des Landes NRW, Nordkirchen. Dies ist unabdingbare Voraussetzung für eine mittelfristige Strategie zur Verringerung der Steuerhinterziehung und Verbesserung der Steuerechtheit in NRW.</p>	<p>abgelehnt SPD nein CDU Enth. F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Einzelplan 12 - Finanzministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
12/7		<p>Kapitel 12 620 - Lastenausgleichsverwaltung Titel 422 10</p> <p>Ausbringung von kw-Vermerken zum 31.12.1993 bei 1 Stelle Bes.Gr. A 14</p> <p><u>Begründung:</u> Nach den Darstellungen des Ressorts wird die Stelle derzeit noch für die Einarbeitung eines Bediensteten benötigt.</p>	<p>einstimmig angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE ja</p>
		<p>Gesamtabstimmung über den Einzelplan 12:</p>	<p>angenommen SPD ja CDU nein F.D.P. Enth. GRÜNE nein</p>

Einzelplan 13 - Landesrechnungshof

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
		<p style="text-align: center;">Gesamtabstimmung über den Einzelplan 13:</p> <p>einstimmig angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja</p>

Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Wohnen

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
14/1	<p style="text-align: center;">CDU</p>	<p style="text-align: center;"><u>Kapitel 14 010 - Ministerium</u></p> <p style="text-align: center;">Auflösung des Ministeriums für Bauen und Wohnen</p> <p>a) Streichung der Stellen der Ministerin und des Staatssekretärs</p> <p>b) Umschichtung von 70 Stellen innerhalb der Landesregierung</p> <p>c) Entsprechende Reduzierung der Sachmittel und Miete</p> <p><u>Begründung:</u> Das Ministerium mit rd. 260 Stellen (ohne nachgeordneten Bereich) ist überflüssig, da die Trennung des ehemaligen MSWV in zwei Ministerien sachlich nicht zu vertreten ist. Eine Stärkung der Wohnungsbaupolitik ist durch die Einrichtung eines eigenständigen Ministeriums nicht eingetreten. Durch die Eingliederung der Wohnungsbauförderungsanstalt in die Westdeutsche Landesbank verliert das Ministerium für Bauen und Wohnen weiter an Bedeutung. Das Ministerium für Bauen und Wohnen wird daher dem Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr angegliedert. Einspart werden die Kosten für die Bezüge der Ministerin und des Staatssekretärs und 70 weiterer Stellen sowie entsprechende Miet- und Sachkosten. Eingespart werden mindestens 13 Mio. DM.</p>

Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Wohnen

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
14/2	<p>F.D.P.</p> <p><u>Kapitel 14 010 - Ministerium</u> <u>Gruppen 422, 425</u></p> <p>Abgang von Planstellen und Stellen</p> <p>65 Stellen</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Rückführung des Personalsolls der Landesregierung auf den Stand vor der Regierungsbildung 1990</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE nein</p>

Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Wohnen

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
14/3		<p>Kapitel 14 070 - Staatliche Bauverwaltung Titelgruppe 79 Titel 422 79 Titel 425 79</p> <p>Abgang von Planstellen</p> <p>1 Stelle Bes.Gr. A 14 2 Stellen Bes.Gr. A 12 1 Stelle Bes.Gr. A 11</p> <p>Abgang von Stellen für Angestellte</p> <p>1 Stelle Verg.Gr. II a BAT 2 Stellen Verg.Gr. III BAT 3 Stellen Verg.Gr. IV a BAT</p> <p><u>Begründung:</u> Es handelt sich um Planstellen und Stellen, die für Bauaufgaben des Bundes im Rahmen von Hilfen für die neuen Bundesländer eingerichtet worden sind. Da auch im kommenden Haushaltsjahr diese Stellen wegen der erschwerten Personalgewinnung voraussichtlich nicht besetzt werden können, ist der Abbau der Hälfte der Stellen für Bauaufgaben des Bundes geboten.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja</p>

Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Wohnen

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
		Gesamtabstimmung über den Einzelplan 14:	angenommen SPD ja CDU nein F.D.P. nein GRÜNE nein

Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
15/1	<p>F.D.P.</p> <p>Kapitel 15 010 - Ministerium Gruppen 422 und 425</p> <p>Abgang von Planstellen und Stellen für Angestellte 65 Stellen</p> <p><u>Begründung:</u> Rückführung des Personalsolls der Landesregierung auf den Stand vor der Regierungsbildung 1990</p>	<p>abgelehnt SPD nein CDU Enth. F.D.P. ja GRÜNE Enth.</p>
Gesamtabstimmung über den Einzelplan 15:		<p>angenommen SPD ja CDU nein F.D.P. nein GRÜNE nein</p>

Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
20/1	GRÜNE	<p>Kapitel 20 020 - Allgemeine Bewilligungen</p> <p>Ausbringung eines neuen Titels</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zweckbestimmung: "Personalverstärkungsmittel Frauenreferate in allen Ministerien" - Ansatz: 2 Mio. DM - Stellen: 30 - Erläuterungen: <ul style="list-style-type: none"> "Diese Mittel werden eingesetzt zur Einrichtung je eines Frauenreferats in allen Ministerien (mit Ausnahme des Ministeriums für die Gleichstellung von Frau und Mann). Das Frauenreferat beobachtet, bewertet und wirkt ggf. mit bei der Korrektur der Vorhaben und Vorgänge innerhalb eines Ministeriums hinsichtlich der Interessen der weiblichen Bevölkerung. Es schlägt frauenfördernde Maßnahmen vor und wirkt zugunsten von Fraueninteressen bei der Mittelvergabe. Diese Erläuterungen sind verbindlich."

Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
noch 20/1		<p><u>Begründung:</u></p> <p>Die Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann definiert ihr Ministerium als innovativ wirkendes Element innerhalb der Regierung, das Anstöße gibt und mit anderen Ministerien zusammenarbeitet - aber nicht deren Aufgaben an sich ziehen will. Die Landesregierung beabsichtigt außerdem die Einsetzung von Frauenbeauftragten in allen Ministerien.</p> <p>Dieses Konzept der Frauenförderung bedarf der Ergänzung: Eine Frauenbeauftragte ist nicht in der Lage, die Arbeit eines ganzen Ministeriums auf seine Frauenfreundlichkeit zu überprüfen und hier gestaltend einzugreifen. Die Par- teinahme für die Interessen der beschäftigten Frauen und die Einflußnahme auf die Personalpolitik ist ihr Haupt- aufgabenbereich. Auch die Gleichstellungsministerin kann dieses Vakuum von außen nicht füllen.</p> <p>Es ist jedoch bekannt, daß innerhalb der Ministerien ein großer Fortbildungs- und Überzeugungsbedarf in bezug auf Frauenfreundlichkeit besteht. Dieses Defizit können die Frauenreferate ausfüllen. Sie sollen alle Vorhaben des eigenen Ministeriums einer Prüfung unterziehen und schon im Entwurfsstadium Einfluß nehmen. Die Referate erhalten besondere Initiativrechte innerhalb des Ministeriums, um Mißstände schnell abstellen und zukunftsweisende Ideen und Konzepte zügig in die Wege leiten zu können.</p>

Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
	Gesamtabstimmung über den Einzelplan 20:	angenommen SPD ja CDU nein F.D.P. nein GRÜNE nein

Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

4000 Düsseldorf 1,
Horionplatz 1 1. Oktober 1992
Telefon (02 11) 8 37 03 · Durchwahl

Vorlage an den Haushalts- und Finanzausschuß
des Landtags



Betr.: Entwurf des Haushaltsplans 1993;

hier: Realisierung von kw.-Vermerken im Einzelplan 07
Kapitel 07 020 zum 31. Dezember 1992

Die Landesregierung hat im Zusammenhang mit der Beschlußfassung über den Haushaltsplanentwurf 1993 im Rahmen der Konsolidierung des Landeshaushalts ausdrücklich beschlossen, daß alle auf den 31. Dezember 1992 befristeten kw.-Vermerke zu realisieren sind. Der Einzelplan 07 ist hiervon mit 86 Stellen - des allgemeinen kw.-Vermerks in Kapitel 07 020 - betroffen.

39 kw.-Vermerke sind im Haushaltsplanentwurf 1993 durch Abgang von Stellen bei Kapitel 07 510 und zwar

- 29 Stellen bei Titel 425 10:

12 Stellen IV b BAT
1 Stelle V b/V c BAT
9 Stellen VI b/VII BAT
4 Stellen VII/VIII BAT
2 Stellen IX b/X BAT
1 Stelle Kr. I-VI

- 10 Stellen bei Titel 426 10:

2 Stellen 5a-4 MTL
1 Stelle 4a/4 MTL
6 Stellen 3a-2a MTL
1 Stelle 1a/1 MTL

realisiert worden.

Aus technischen Gründen mußten im Haushaltsplanentwurf 1993 zunächst 47 Stellen der VergGr. VII/VIII BAT bei Kapitel 07 330 Titel 425 10 vorläufig in Abgang gestellt werden, die Zuordnung war zur Zeit der Aufstellung des Haushalts nicht möglich, weil freie und bis zum 31.12.1992 freiwerdende Stellen erst ermittelt werden mußten.

Die endgültige kapitel-, titel-, besoldungs-, vergütungs- und lohngruppenbezogene Absetzung der restlichen 47 in Kapitel 07 330 Titel 425 10 vorläufig in Abgang gestellten Stellen mußte dem parlamentarischen Beratungsverfahren vorbehalten bleiben.

Nach einer im August 1992 im Geschäftsbereich durchgeführten Umfrage sind im Einzelplan 07 für den endgültigen Wegfall folgende freie oder bis zum 31.12.1992 freiwerdende Planstellen und Stellen ermittelt worden:

Kapitel 07 110 - Arbeitsschutz, Staatl. Gewerbeärzte und Zentralstelle für Sicherheitstechnik und Strahlenschutz -
Titel 422 10

5 Planstellen der BesGr. A 7

Kapitel 07 120 - Institut "Arbeit und Technik" -
Titel 425 10

2 Stellen VergGr. I b/II a BAT

Kapitel 07 220 - Landessozialgericht und Sozialgerichte -
Titel 422 10

2 Planstellen der BesGr. R 1

Kapitel 07 330 - Dienststellen der Kriegsopferversorgung -
Titel 422 10

1 Planstelle der BesGr. A 13 h.D., 3 Planstellen der BesGr. A 6,
3 Planstellen der BesGr. A 5 m.D., 1 Planstelle der BesGr. A 5
e.D.

Titel 425 10

1 Stelle der VergGr. VI b/VII, 13 Stellen der VergGr. VII/VIII,
1 Stelle der VergGr. IX a/IX b

Titel 426 10

2 Stellen MTL 2a-1, 2 Stellen MTL 1a-1, 2 Stellen MTL 1a-1

Kapitel 07 420 - Hygienisch-bakteriologische Landesuntersuchungs-
ämter -

Titel 425 10

1 Stelle der VergGr. I b, 2 Stellen der VergGr. IV b/V b, 1 Stelle
der VergGr. VI b/VII, 1 Stelle der VergGr. VII/VIII

Titel 426 10

1 Stelle MTL 4-2a

Summe: 44

Insgesamt können 44 Stellen als Ausgleich der bei Kapitel 07 330
erfolgten vorläufigen Absetzung von 47 Stellen der VergGr.
VII/VIII BAT bei den genannten Haushaltsstellen in Abgang gestellt
werden. Bei Kapitel 07 330 Titel 425 10 werden an Stelle von 47
Stellen nur 13 Stellen der VergGr. VII/VIII BAT in Abgang ge-
stellt.

In der Wertigkeit nach dem finanziellen Aufwand entsprechen die
obenbezeichneten Planstellen und Stellen mindestens 47 Stellen der
Wertigkeit VII/VIII BAT.

Insoweit gehe ich davon aus, daß die von mir vorgenommene Berech-
nung (Berücksichtigung höherwertiger Stellen entsprechend dem fi-
nanziellen Aufwand) gebilligt werden kann.

Rolf Krumsiek

(Dr. Rolf Krumsiek)